



Einladung

zur 4. Generalratssitzung

vom Mittwoch, 4. Mai 2022, 20:00 Uhr in der Aula OS Wünnewil



BOTSCHAFT

Sitzungseröffnung:

- ✓ Traktandenliste
- ✓ Präsenzliste
- ✓ Mitteilungen

Traktanden

- | | | |
|----------|---|---|
| | 0.11.3.030 | Protokolle |
| 1 | Generalrat Protokolle Periode 2021-2026
Protokoll der Generalratssitzung vom 15.12.2021 | |
| | 9.30.1.010 | Jahresrechnung und -berichte |
| 2 | Jahresrechnung 2021
2.1 Laufende Rechnung
2.2 Investitionsrechnung | |
| | 6.15.3.010 | Strassenunterhalt und Reinigung |
| 3 | Sanierung Strasse Elswil
Projektgenehmigung und Kreditbegehren | |
| | 1.40.8.010 | Einbürgerungskommission, Mitglieder |
| 4 | Einbürgerungskommission
Ergänzungswahl | |
| | 0.11.4.010 | Büro Generalrat allgemein |
| 5 | Büro Generalrat (GenR)
5.1 Wahl Präsidium des Generalrates für das Geschäftsjahr 2022/23
5.2 Wahl Vizepräsidium des Generalrates für das Geschäftsjahr 2022/23
5.3 Wahl Stimmenzähler/in und Ersatz-Stimmenzähler/in | |
| | 0.11.3.020 | Botschaften und Akten |
| 6 | Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR)
Anträge, Motionen, Postulate | |
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 7 | Verschiedenes, Generalratssitzung
Verschiedenes | |

1	0.11.3.030 Protokolle Generalrat Protokolle Periode 2021-2026 Protokoll der Generalratssitzung vom 15.12.2021
---	---

Kommentar:

Das noch nicht genehmigte Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 15. Dezember 2021 liegt in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf, oder kann unter www.wuennewil-flamatt.ch eingesehen werden.

Der Generalrat

- genehmigte das Protokoll der letzten Sitzung des Generalrates vom 13. Oktober 2021.
- genehmigte das Budget der Erfolgsrechnung 2022 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 504'500 sowie das Budget der Investitionsrechnung 2022 mit Nettoinvestitionen von Fr. 2'896'500.

2	9.30.1.010 Jahresrechnung und -berichte Jahresrechnung 2021 2.1 Laufende Rechnung 2.2 Investitionsrechnung
---	---

Kommentar:

Für dieses Traktandum wird auf die Jahresrechnung 2021 mit dem HRM2-Reporting und der Broschüre mit den Listen zur Jahresrechnung verwiesen. Diese Unterlagen können in der Behördenlösung eingesehen oder heruntergeladen werden.

Auf Wunsch können sie in Papierform bei der Gemeindekasse bezogen werden.

Antrag:**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. Die Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 2'021'139.12 zu genehmigen.
2. Die Investitionsrechnung 2021 mit Ausgaben von Fr. 3'168'639.15 und Einnahmen von Fr. 471'223.55, was Nettoinvestitionen von Fr. 2'697'415.60 ergibt, zu genehmigen.

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:

Art. 30

Generelle Diskussion

⁴ Beim Rechenschaftsbericht, beim Voranschlag und bei der Jahresrechnung äussert sich der Vertreter des Gemeinderates als erster, dann der Berichterstatter der Finanzkommission.

ARGG Art. 14^{bis} Abs. 3

⁵ Im Rahmen der allgemeinen Diskussion können sich die Mitglieder des Generalrates zu Wort melden, insbesondere um Nichteintreten auf die Vorlage oder deren Rückweisung zu beantragen. Sie können auch Gegenanträge stellen oder die Ablehnung der Vorlage beantragen.

⁶ Beim Rechenschaftsbericht, beim Voranschlag und bei der Jahresrechnung sind Nichteintretensanträge ausgeschlossen. Hingegen kann eine Rückweisung verlangt werden.

⁷ Liegt ein Nichteintretens- oder ein Rückweisungsantrag vor, findet unmittelbar nach der allgemeinen Diskussion die entsprechende Abstimmung statt.

ARGG 14

Detailberatung

Art. 31

¹ Ist Eintreten beschlossen, wird die Diskussion fortgesetzt. Reglemente und andere Beschlussvorlagen werden artikelweise, der Rechenschaftsbericht kapitelweise und der Voranschlag und die Jahresrechnung rubrikweise nach der funktionalen Gliederung durchberaten, nachdem sich die Berichterstatter geäußert haben.

GG Art. 42 Abs. 2

² Die Mitglieder des Generalrates können das Wort ergreifen und namentlich Abänderungs- oder Gegenanträge stellen. Änderungsanträge zu Bestimmungen von allgemeinverbindlichen Reglementen werden schriftlich vorgebracht.

³ Ist die Diskussion geschlossen, so werden die Berichterstatter und der Gemeinderat aufgerufen, die Voten zu beantworten und dazu Stellung zu nehmen. Handelt es sich um den Rechenschaftsbericht, den Voranschlag oder die Jahresrechnung, so äussert sich der Vertreter des Gemeinderates als erster, dann der Berichterstatter der Finanzkommission.

Art. 32

Zweite Lesung

¹ Über Reglemente kann eine zweite Lesung stattfinden, sofern sich das Büro oder der Generalrat auf Antrag eines Mitgliedes dafür entscheidet.

² Über eine allfällige zweite Lesung muss spätestens am Schluss der ersten Lesung entschieden werden. In einem solchen Falle findet die Gesamtabstimmung erst am Ende der zweiten Lesung statt.

³ Die zweite Lesung ist endgültig, und es erfolgt keine Zusatzlesung für jene Bestimmungen, die in der zweiten Lesung abgeändert worden sind.

Art. 33

Reihenfolge

¹ Nachdem der Präsident die Diskussion geschlossen hat, fragt er die Mitglieder, welche Änderungs- oder Gegenanträge vorgebracht haben, ob sie diese aufrechterhalten.

ARGG Art. 15 und 22

² Der Gemeinderat kann sich einem Änderungs- oder Gegenantrag anschliessen. In diesem Fall tritt dieser Antrag für die Reihenfolge der Abstimmungen in den Rang des Gemeinderatsantrags ein. Der ursprüngliche Inhalt des Gemeinderatsantrages kann von der Kommission oder von einem Mitglied des Generalrats aufgenommen werden, was jedoch keinen höheren Rang des Antrags für die Abstimmung nach sich zieht.

³ Die Kommission kann sich einem Abänderungs- oder Gegenantrag anschliessen. Absatz 2 gilt alsdann sinngemäss.

⁴ Kommt keine Einigung zustande, lässt der Präsident zuerst über den Vorschlag des Gemeinderates und dann über die Abänderungs- oder Gegenanträge abstimmen. Erhält der Antrag des Gemeinderates die Mehrheit der Stimmen, werden die anderen Anträge der Versammlung nicht mehr unterbreitet.

ARGG Art. 15 Abs. 1 und 2

⁵ Erhält der Antrag des Gemeinderates nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird nach dem gleichen Verfahren zuerst über den Antrag der Kommission und gegebenenfalls über die übrigen Anträge abgestimmt.

ARGG Art. 15 Abs. 3

⁶ Ist das Ergebnis der Abstimmung offensichtlich, so kann auf das Zählen der Stimmen verzichtet werden, es sei denn, ein Mitglied des Generalrates verlange deren Zählung.

Art. 34

Gesamtabstimmung

¹ Enthält ein Geschäft mehrere Bestimmungen oder handelt es sich um den Voranschlag oder die Jahresrechnung, findet am Schluss der Beratungen eine Gesamtabstimmung statt, wobei die bei der Detailberatung vorgenommenen Änderungen einbezogen werden.

² Bei einer Gesamtabstimmung werden die Stimmen immer ausgezählt.

3

6.15.3.010 Strassenunterhalt und Reinigung

Sanierung Strasse Elswil

Projektgenehmigung und Kreditbegehren

Kommentar:

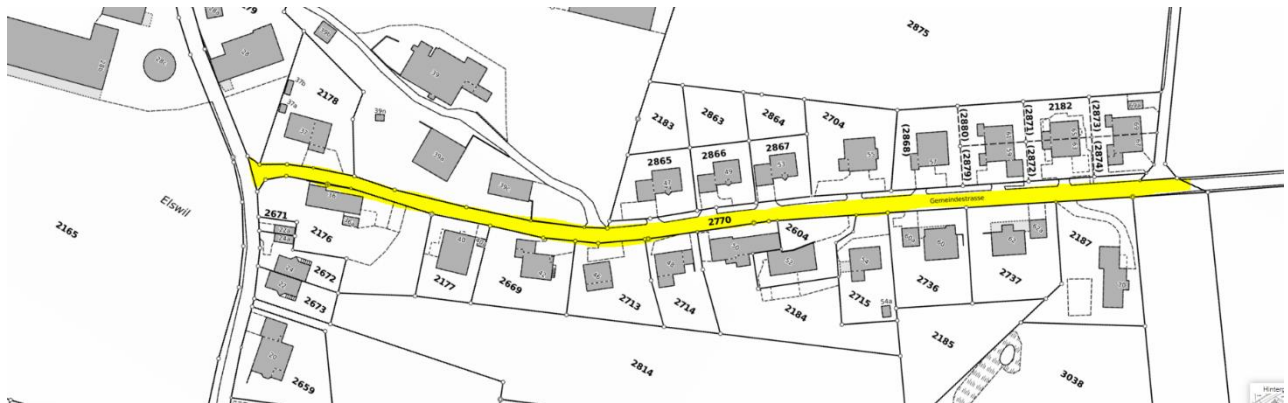
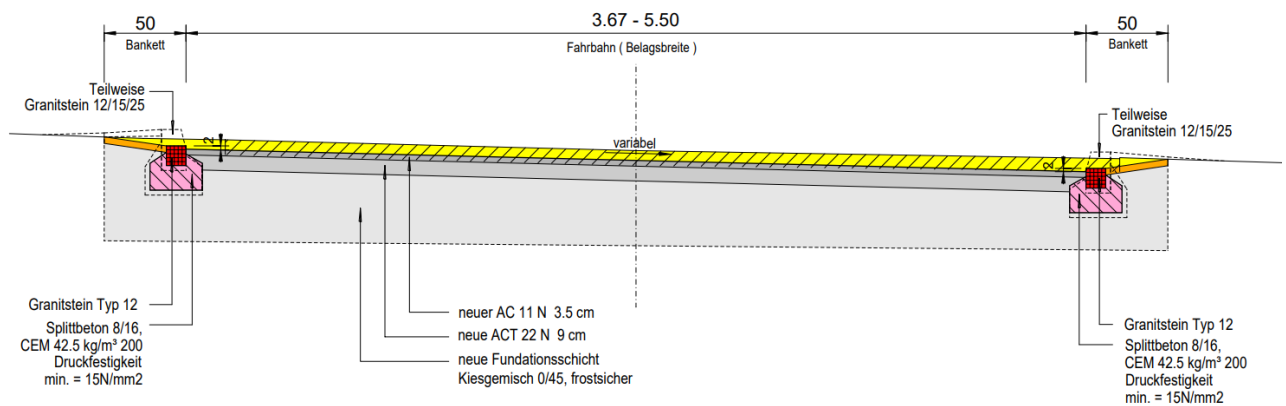
Die Strasse Elswil ist seit Jahren in einem mangelhaften Zustand, eine Sanierung drängt sich auf. Ein Teilbereich gemäss Plan soll saniert werden. Diese Strasse war ursprünglich ein Flurweg. Mit der Besiedlung von Elswil hat der Charakter der Strasse geändert und heute ist es eine siedlungsorientierte Erschliessungsstrasse.

Die Unebenheiten auf der Fahrbahn führen zu Pfützenbildungen und auch das Befahren der Strasse ist nicht ideal. Die Strassenentwässerung ist mangelhaft und eine genaue Strassenführung fehlt.

Die Strassenentwässerung wird neu erstellt.

Die Sanierung der Kanalisation südlich des Siedlungsgebietes wird in einem separaten Projekt ausgeführt.

Einige Fotos:

Situation:**Normalprofil:****Die Sanierung umfasst:****Ausgangslage:**

- Eigenschaften der Strasse:
 - Strassenbreite zwischen 3.67 – 5.5m'
 - ohne Trottoir, zum grossen Teil ohne Randabschlüsse
 - Quartier-Erschliessungsstrasse mit entsprechendem Verkehr (Fussgänger, PKW, Landwirtschaftsfahrzeuge)
- Zustand der Strasse:
 - Der Zustand kann im Allgemeinen als mangelhaft beurteilt werden
 - Ein Teil der Strasse weist grössere Setzungen auf
 - Die Entwässerung des Oberflächenwassers ist ungenügend und beeinträchtigt
 - Der Strassenkörper ist den heutigen Anforderungen grösstenteils nicht mehr gewachsen

Projektumsetzung**Konzeption:**

- Sanieren des bestehenden Strassenkörpers
- Neue Strassenränder und Bankette
- Strassenbreiten werden beibehalten
- Teilersatz der Foundationsschicht
- Erstellen der neuen Strassenentwässerung

Strassenkörper:

- Teilweiser Ersatz der Foundationsschicht (50 cm Kies 0-45 Frostsicher)
- Beidseitige Strassenabschlüsse aus 11/13 Granitbundsteinen
- Sicherstellung der Oberflächenwasserentwässerung
- Anpassen der Quergefälle
- Einbau neuer Trag- und Verschleisschicht

Strassenentwässerung:

- Die Entwässerung ist im Strassenbereich und wird neu erstellt
- Geplant sind für das Sauberwasser, 240m² Durchmesser 200mm
Dazu kommen 16 Einlaufschächte
- Einlaufgitter werden höhenverstellbar umgesetzt
- Die heutigen Liegenschaftsentwässerungsleitungen werden beibehalten

Werkleitungen:

- Die Werkleitungen sind grösstenteils bestehend
- Neue Werkleitungen werden mit den entsprechenden Stellen koordiniert

Landerwerbe:

Es gibt kein Landerwerb

Zufahrten:

- Die Zufahrten bleiben beibehalten
- Die verschiedenen normgerechten Sichtweiten sind sicherzustellen und einzuhalten

Kostenzusammenstellung:

Baumeisterarbeiten	CHF	350'000
Gartenarbeiten, Anpassungen	CHF	20'000
Signalisation und Markierung	CHF	3'000
Projekt, Bauleitung	CHF	46'000
Geometer	CHF	9'000
Gebühren, Entschädigungen, Verschiedenes und Unvorhergesehenes	CHF	36'000
Mehrwertsteuer ca.	CHF	36'000
Total Sanierung	CHF	500'000

Jährliche Folgekosten:

Amortisation 2.5%	CHF	12'500
Durchschnittliche Verzinsung 2%	CHF	5'000
Total Folgekosten	CHF	17'500

Antrag:**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. Dem Kredit für die Strassensanierung Teilabschnitt in Elswil im Betrag über Fr. 500'000 zuzustimmen
2. Den Betrag aus verfügbaren Bankguthaben oder durch Kreditaufnahme zu finanzieren.
3. Die Ausgaben der Investitionsrechnung 2022 zu belasten und linear mit 2.5% zu amortisieren.

4

1.40.8.010 Einbürgerungskommission, Mitglieder
Einbürgerungskommission
 Ergänzungswahl

Kommentar:

Nach dem Wegzug von Lukas Reutegger, SVP aus Wünnewil-Flamatt, ist die Vakanz in der Einbürgerungskommission neu zu besetzen. Die SVP schlägt als Nachfolger **Dashnim Azizi** vor.

Verena Wiget stellt Herrn Azizi den Anwesenden vor und empfiehlt diesen in die Einbürgerungskommission zu wählen.

Es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

Antrag:

Der Generalrat wählt Dashnim Azizi als Ersatz für Lukas Reutegger in die Einbürgerungskommission.

5

0.11.4.010 Büro Generalrat allgemein
Büro Generalrat (GenR)
 Wahl Präsidium des Generalrates für das Geschäftsjahr 2022/23
 Wahl Vizepräsidium des Generalrates für das Geschäftsjahr 2022/23
 Wahl Stimmzähler und Ersatz-Stimmzähler

Kommentar:

Wie im Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden in Art. 32 Abs. 1 vorgesehen, müssen nach 12 Monaten das Präsidium sowie das Vizepräsidium neu bestellt werden.

Die Wahlvorschläge für das Präsidium und das Vizepräsidium ergeben sich aus dem Turnus gestützt auf die Fraktionsgrösse. Demzufolge kann im nächsten Amtsjahr die JFL das Präsidium und die SP/Grüne das Vizepräsidium stellen. Die Präsidentin scheidet aus dem Büro aus und wird durch einen Stimmzähler aus der gleichen Partei/Fraktion ersetzt.

Präsident/in des Generalrates für das Geschäftsjahr 2022/2023

Der Generalrat wählt aus seiner Mitte eine/n Präsidenten/in für die Dauer von 12 Monaten.
 Kandidatenvorschlag der JFL: Julian Schneuwly

Vizepräsident/in des Generalrates für das Geschäftsjahr 2022/2023

Der Generalrat wählt aus seiner Mitte eine/n Vize-Präsidenten/in für die Dauer von 12 Monaten.
 Kandidatenvorschlag der SP/Grüne: Sonja Schneuwly

Stimmzähler/in und Ersatzstimmzähler/in für den Rest der Legislaturperiode:

Der Generalrat wählt aus seiner Mitte eine/n Stimmzähler/in für den Rest der Legislaturperiode
Kandidatenvorschlag der FDP: Ralph Personeni

Der Generalrat wählt aus seiner Mitte eine/n Ersatzstimmzähler/in für den Rest der Legislaturperiode
Kandidatenvorschlag der SP/Grüne: Barbara Schafer Aissami

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:

Art. 2

Wahlen

¹ Der Generalrat wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten, drei Stimmzähler, drei Ersatzstimmzähler sowie die Mitglieder der vom Gesetz vorgesehenen Kommissionen, soweit sie in die Zuständigkeit des Generalrats fallen.

GG Art. 30 Abs. 3

² Ist die Anzahl der Kandidaten gleich hoch oder tiefer als die Zahl der zu besetzenden Sitze, so werden alle Kandidaten in stiller Wahl gewählt, es sei denn, die Organisation einer Listenwahl gemäss Absatz 3 wird von einem Fünftel der anwesenden Mitglieder verlangt. Die Präsidenten der Parteien oder Gruppen legen dem Büro deren Kandidatenvorschläge vorgängig schriftlich vor.

GG Art. 46 Abs. 1 bis
ARGG Art. 9b

³ Wenn eine Listenwahl stattfindet, entscheidet die absolute Mehrheit der gültigen Stimmzettel. Im zweiten Wahlgang genügt das relative Mehr. Bei Stimmengleichheit nimmt der Präsident die Entscheidung durch das Los vor.

ARGG Art. 9c bis 9g

⁴ Die im Generalrat vertretenen Parteien und Gruppen sind angemessen zu berücksichtigen.

GG Art. 46 Abs. 2

Art. 45

Präsident, Vizepräsident

¹ Der Präsident und der Vizepräsident werden für eine Dauer von zwölf Monaten gewählt. Sie sind in der gleichen Legislaturperiode nicht wieder als solche wählbar.

GG Art. 32 Abs. 1

² Wird das Amt des Präsidenten mehr als sechs Monate vor Ende der Amtsdauer frei, nimmt der Generalrat die Wahl eines neuen Präsidenten vor. Im anderen Falle übt der Vizepräsident die Präsidentschaft aus. Er bleibt für das folgende Jahr als Präsident wählbar.

³ Das Amtsjahr des Präsidenten und des Vizepräsidenten endet mit der Sitzung, an welcher die Jahresrechnung genehmigt wird.

Art. 46

Stimmzähler

Die Stimmzähler und ihre Stellvertreter werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt. Die Stellvertreter ersetzen abwesende Stimmzähler an den Sitzungen des Generalrates.

GG Art. 33 Abs. 1

6	<div>0.11.3.020 Botschaften und Akten</div> Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR) Anträge, Motionen, Postulate
---	---

Kommentar:

Beantwortung von hängigen Interpellationen durch den Gemeinderat

Eingegangene Anträge, Motionen etc. (bitte vorgängig dem Büro zukommen lassen).

Motion Fraktion Mitte Links –CSP

Tempo 30 im Pfaffenholz, im Birchacher und auf der Dorfstrasse in Wünnewil
Der Gemeinderat wird aufgefordert, auf einem Teil der Dorfstrasse Wünnewil, der in der Begründung näher definiert wird, im Pfaffenholzquartier sowie im Birchacherquartier Tempo 30 einzuführen.

Begründung:

Sowohl im Pfaffenholz- wie im Birchacherquartier sind die Strassen nicht allzu breit. Trottoirs sind entweder nur sehr schmal und tief oder erst gar nicht vorhanden. Von Kindern werden die Strassen zum Spielen benutzt. In beiden Quartieren macht eine Geschwindigkeit schneller als Tempo 30 keinen Sinn, auch wenn dies heute laut unseren Beobachtungen nicht allen Autofahrern und Autofahrerinnen bewusst ist.

Auch im Dorfkern auf der Dorfstrasse macht Tempo 30 Sinn. Viele Schulkinder, die zu Fuss unterwegs sind, müssen die Strasse überqueren, andere sind mit dem Velo unterwegs. Für sie würde Tempo 30 zu einer Verbesserung der Sicherheit führen. Nur eine Zahl dazu: Laut BFU kommt ein Auto bei einer Vollbremsung bei Tempo 30 nach ca. 21.4m zu stehen, bei Tempo 50 hingegen ist ein Auto an dieser Stelle immer noch mit Tempo 50 unterwegs, da alleine der Reaktionsweg im Durchschnitt ca. 27m beträgt (siehe https://www.bfu.ch/api/publications/bfu_2.355.01_Tempo-30-Zonen.pdf, Grafik S.20). Tieferes Tempo bedeutet mehr Sicherheit; ob ein Unfall schwere Folgen hat oder glimpflich ausgeht, hängt unter Umständen von nur wenigen Stundenkilometern mehr oder weniger ab.

Nicht nur im Bereich der Schule ist Tempo 30 sinnvoll, sondern auch beim Volg, wo Fussgänger an einer unübersichtlichen Stelle die Strasse überqueren, bei der Kurve zwischen Dorfladen und Käserei, wo immer wieder Autos Velofahrer überholen, obwohl die Sichtweite nicht genügend ist.

Wir würden es wichtig finden, dass die Anwohnerinnen und Anwohner von Anfang an einbezogen und informiert werden, um eine möglichst grosse Akzeptanz zu erreichen. Bei der Umsetzung würden wir es begrüßen, wenn auf der Dorfstrasse die heutigen Fussgängerstreifen und auch der Vortritt der Dorfstrasse gegenüber den einmündenden Strassen beibehalten würden, falls dies Sinn macht. Beides ist laut BFU-Unterlagen auch bei Tempo 30 durchaus möglich.

Wie lange der Tempo 30-Abschnitt auf der Dorfstrasse sein soll, möchten wir bewusst noch offen lassen. Für uns ist sowohl eine lange Variante vom Restaurant St. Jakob (Kreuzung Dorfstrasse/Schlösslistrasse) bis zur Einfahrt ins Birchacherquartier wie auch kürzere Varianten wie zum Beispiel vom Kirchparkplatz bis zum Buswendeplatz bei der Schule oder wieder bis zum Birchacherquartier denkbar. Falls für Tempo 30 zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen nötig sein sollten, müssen diese so gestaltet werden, dass sie nicht zu gefährlichen Schikanen werden und dass Notfallfahrzeuge wie Ambulanz und Feuerwehr durch die Massnahmen nicht behindert werden.

Wichtig zu erwähnen ist auch, dass bis Ende Februar ein Vernehmlassungsverfahren bezüglich einer Teilrevision der Signalisationsverordnung läuft. Vorgesehen ist laut dem Bundesamt für Strassen (ASTRA), dass die Teilrevision anfangs 2023 in Kraft tritt. Dies würde bedeuten, dass für nicht-verkehrsorientierte Strassen kein vorgängiges Gutachten mehr nötig wäre. Dies würde sicher zumindest auf die beiden Quartiere zutreffen und so eine kostengünstige Einführung von Tempo 30 erlauben.

Der Zeitverlust für die Autofahrer ist übrigens marginal, bei der Variante vom Restaurant St. Jakob bis zur Einfahrt ins Birchacherquartier wären dies 48 Sekunden, bei der Variante vom Kirchparkplatz bis zur Bushaltestelle sogar nur 18 Sekunden. Wobei dies auch nur dann gilt, wenn man auf dieser Strecke wirklich durchgehend Tempo 50 fahren könnte, was schon heute kaum je der Fall ist. Der effektive Zeitverlust für Autofahrerinnen und Autofahrer wird in der Realität also eher noch tiefer liegen. Dem gegenüber stehen eine Lärmverminderung für die Anwohnerinnen und Anwohner und ein Sicherheitsgewinn insbesondere für Schulkinder und Velofahrer. Und im Birchacher- und Pfaffenholzquartier würde die Wohnqualität und die Sicherheit mit Tempo 30 ebenfalls verbessert werden.

Motion Fraktion FDP

Erneuerbare Energie für Liegenschaften der Gemeinde

Der Gemeinderat wird beauftragt, mittels Studie aufzuzeigen, auf welchen gemeindeeigenen Liegenschaften es möglich ist erneuerbare Energie zu erzeugen und diese direkt oder indirekt zu Nutzen. Dabei ist der Fokus auf die Photovoltaik zu legen. Weiter soll die Studie aufzeigen, ob die Variante 1 „zur Verfügung stellen der Fläche mit externem Betreiber“ oder Variante 2 „die Eigene Beschaffung“ zu favorisieren ist. Die dabei resultierenden Kapazitäten der Stromerzeugung und der jeweiligen Nutzungsmöglichkeit gilt es dazu abzuschätzen. Selbstverständlich können auch weitere nachhaltige Energien dabei eine Rolle spielen und diese als Vergleich beigezogen werden.

Begründung:

Das Thema erneuerbare Energie beschäftigt uns Alle und um bei zukünftigen Neuanschaffungen oder bei Renovationen bereits Richtwerte zu haben ist es wichtig diese Prüfungen jetzt zu machen. Die nachhaltigen Energien sind für die Gemeinde wichtig und wenn bei Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen etc. darüber gesprochen wird, Elektrofahrzeuge einzusetzen, müssen diese Beschaffungen einerseits wirtschaftlich sein und aus unserer Sicht auch mit «sauberem» Strom geladen werden können. Es kann nicht sein, dass beim Zeitpunkt einer Beschaffung diese anschliessend blockiert ist, weil diese Prüfung nicht gemacht wurde. Weiter würde es bei Renovationsvorhaben der gemeindeeigenen Liegenschaften bereits Dokumente geben was in welchem Umfang möglich wäre und könnte somit vorrausschauender gehandelt werden. Langfristig muss das Ziel von uns allen sein, nachhaltige Energien zu Nutzen und da soll die Gemeinde weiterhin als Vorbild voran gehen und seine energiepolitischen Ziele definieren. Ohne diese Weitsicht selbst Strom zu erzeugen, wird es schwierig die Gemeinde langfristig nachhaltiger zu gestalten und Labels wie Energiestadt zu rezertifizieren und dieser gerecht zu werden. Wir sehen aktuell den Weg über die Photovoltaik mit den Vorteilen: senken der Stromkosten, Unabhängigkeit fördern, die Absicherung vor langfristig steigenden Strompreisen und vor allem das Schützen der Umwelt. Selbstverständlich gilt es in diesem Rahmen auch weitere erneuerbare Energien zu prüfen. Gerade beim Werkhof sehen wir grosses Potential, um zukünftig allfällige Elektromobile zu laden, wenn die Fahrzeuge stillstehen. Dies als Vorteil des Eigenverbrauchs, wobei hier die Tagesenergie gespeichert werden sollte.

Bei der Variante 1 «zur Verfügung stellen der Fläche» sehen wir vor allem den Umwelt Gedanken und brach liegende Dächer können so einen Mehrwert bieten und die selbstgenutzte Energie könnte kostengünstiger eingekauft werden. Bei der Variante 2 «eigene Beschaffung» sehen wir die Möglichkeit, die Investition im Rahmen von Renovationen zu optimieren und so wirtschaftlicher günstiger Strom zu Nutzen und dabei die Umwelt weniger zu belasten. Soll viel Strom durch die Nacht genutzt werden können, um z.B. Elektrofahrzeuge zu laden müsste wohl ein Stromspeicher mitberücksichtigen werden.

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:

Art. 36

Antrag

¹ Die anwesenden Generalräte können zu den in Beratung stehenden Gegenständen andere Anträge stellen.

GG Art. 42 Abs. 2

² Nach Erledigung der Geschäfte der Tagesordnung kann jedes Mitglied zu anderen, dem Generalrat zustehenden Geschäften Anträge stellen.

GG Art. 17 Abs. 1

³ Der Generalrat entscheidet noch an der gleichen oder an der nächsten Sitzung, ob den Anträgen Folge gegeben werden soll. Ist das der Fall, so werden sie dem Gemeinderat überwiesen, der dazu Stellung nimmt und sie innert Jahresfrist dem Generalrat zur Beschlussfassung unterbreitet. Der Entscheid kann auch nur ein Grundsatzentscheid sein, wenn der Antrag eine längere Prüfung erfordert.

GG Art. 17 Abs. 1

Art. 37

Motion

Die Motion ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird, dem Generalrat eine Vorlage zu unterbreiten, einen Antrag zu stellen oder eine bestimmte Massnahme zu treffen.

Art. 38

Postulat

Das Postulat ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird, eine bestimmte Frage zu prüfen, darüber zu berichten und allenfalls Antrag zu stellen.

Art. 39

Resolutionen

¹ Der Generalrat kann anlässlich bedeutender Ereignisse Resolutionen verabschieden, die lediglich den Charakter einer Erklärung haben.

² Das Büro und jedes einzelne Mitglied haben das Recht, unter dem Traktandum "Verschiedenes" Resolutionen zu beantragen. Der Resolutionsentwurf ist vor der Eröffnung des Traktandums dem Präsidenten schriftlich vorzulegen. Der Präsident gibt ihn bei der Eröffnung bekannt.

³ Der Generalrat hat sofort über Resolutionsanträge im Anschluss an eine Diskussion abzustimmen. Beim Entscheid über die Resolution schlägt er auch die Kommunikationsform und die allfälligen Empfänger der Resolution vor.

Art. 40

Form der Anträge und Rückkommen

¹ Anträge sind schriftlich zu stellen und dem Sekretär des Generalrates vor oder während der Sitzung abzugeben. Anträge müssen von ihren Verfassern anlässlich der Sitzung erneut vorgebracht werden.

ARGG Art. 8 Abs. 1 und 2

² Der Präsident kann die Mitglieder, welche einen Antrag stellen, einladen, sich kurz zu fassen. Die mündliche Begründung kann auf die nächste Sitzung verschoben werden.

³ Ein Antrag darf in keiner Weise darauf hinzielen, auf einen Beschluss zurückzukommen, der vom Generalrat in den letzten drei Jahren gefasst wurde. Der Präsident teilt dem Verfasser eines solchen Antrags unverzüglich mit, dass letzterer unzulässig ist. Bei Beanstandungen entscheidet das Büro sofort.

GG Art. 20

⁴ Nur der Gemeinderat kann dem Generalrat beantragen, ein Geschäft erneut zu behandeln, über das er vor weniger als drei Jahren befunden hat.

Art. 41

Behandlung der Anträge

¹ Offensichtlich unzulässige Anträge können vom Büro zurückgewiesen werden.

² Der Gemeinderat kann zu den als zulässig erachteten Anträgen Stellung nehmen, bevor der Generalrat über ihre Überweisung abstimmt.

³ Nach der Stellungnahme des Gemeinderates wird die Diskussion eröffnet. Anschliessend wird über die Erheblicherklärung abgestimmt.

⁴ Ein erheblich erklärter Antrag wird an den Gemeinderat überwiesen, welcher innert Jahresfrist zu dessen Inhalt Stellung nimmt.

⁵ Die Stellungnahme des Gemeinderates ist dem Urheber des Antrags spätestens fünf Tage vor der Sitzung vorzulegen, in welcher der Antrag behandelt wird.

7

0.11.3.010

Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

Verschiedenes, Generalratssitzung

Verschiedenes

Kommentar:

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:

Art. 39

Resolutionen

¹ Der Generalrat kann anlässlich bedeutender Ereignisse Resolutionen verabschieden, die lediglich den Charakter einer Erklärung haben.

² Das Büro und jedes einzelne Mitglied haben das Recht, unter dem Traktandum "Verschiedenes" Resolutionen zu beantragen. Der Resolutionsentwurf ist vor der Eröffnung

des Traktandums dem Präsidenten schriftlich vorzulegen. Der Präsident gibt ihn bei der Eröffnung bekannt.

³ Der Generalrat hat sofort über Resolutionsanträge im Anschluss an eine Diskussion abzustimmen. Beim Entscheid über die Resolution schlägt er auch die Kommunikationsform und die allfälligen Empfänger der Resolution vor.

Art. 42

Fragen

¹ Dem Gemeinderat können im Traktandum „Verschiedenes“ Fragen gestellt werden. Dieser antwortet sofort oder an der nächsten Generalratssitzung.

GG Art. 17 Abs. 2
ARGG Art. 8

² Die Fragen werden vorzugsweise schriftlich gestellt. Fragen, die vor der Sitzung schriftlich gestellt wurden, müssen von ihren Verfassern anlässlich der Sitzung erneut vorgebracht werden.

Art. 43

Andere Vorstösse

Andere Vorstösse wie Feststellungen, Bemerkungen, Wünsche, Anfragen, Gesuche, Kritiken usw. werden wie Fragen im eigentlichen Sinne behandelt, sofern sie eine Antwort des Gemeinderates erfordern.

Wünnewil, den 14. April 2022

Gemeinde Wünnewil-Flamatt

Gemeinderat Wünnewil-Flamatt